

NEWS

WASSERPREIS

Ebbe!

Raymond Klein

Durch die Umsetzung der Wasser-Rahmenrichtlinie sind die Preise in den vergangenen Jahren gestiegen. Ob das gut ist, fragen sich mittlerweile Politiker jeder Couleur - außer bei den Grünen.

„Die Gratis-Vergabe von Trinkwasser ist ein falsches Signal und hilft keineswegs, in Luxemburg Wasser sparsamer zu gebrauchen.“ Das ist eines der Ergebnisse eines Treffens grüner Gemeinderäte, bei dem eine Stellungnahme zu den Wassertaxen ausgearbeitet wurde. Der Vorschlag, die ersten 20 Liter Trinkwasser pro Tag umsonst zur Verfügung zu stellen, stammt aus der globalisierungskritischen Bewegung. Er wurde von Déi Lénk übernommen, ist aber mittlerweile auch von einigen LSAP- und sogar DP-geführten Gemeinden aufgegriffen worden. Nüchtern betrachtet, handelt es sich um den Versuch, den Anstieg des Wasserpreises abzufedern. Dieser ergibt sich aus dem Kostendeckungsprinzip der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie (WRR) - und wurde seinerzeit von Parteigrünen und Umweltbewegung begrüßt. Was Déi Gréng besonders ärgert: „Jetzt, nachdem etliche Gemeinden mit viel Mut und Ausdauer ihrer Bevölkerung die (weitgehend) kostendeckenden Tarife schmackhaft gemacht haben, kündigt die Regierung an, über einen national einheitlichen, so genannten sozialen Wasserpreis nachzudenken.“

Die grünen Gemeinderäte unterstreichen, dass auch die Idee eines Einheitspreises - eine langjährige Forderung des CSV-Abgeordneten Ali Kaes - dem Wasserschutz abträglich ist: „Welche Gemeinde wird dann noch Interesse haben, in effiziente Trinkwasserversorgung oder die Instandhaltung ihrer Abwasserentsorgung zu investieren? Werden dann nicht jene Gemeinden bestraft, die laufend in ihr Wassernetz investiert haben und geringe Kosten haben?“ Außerdem verstoße die Vereinheitlichung gegen die in der Verfassung verankerte Gemeindeautonomie. Deshalb sprechen sich die Grünen für eine Rückkehr zum ursprünglich vorgesehenen kostendeckenden Preis aus - gemeindespezifisch und ohne soziale Komponente. Statt einer solchen, sollte der „reale“ Preis



durch „gezielte finanzielle Kompensierungen für einkommensschwache Haushalte“ flankiert werden.

Worauf das Kommuniqué der grünen Gemeinderäte nicht eingeht, ist die liberale Ideologie, die der WRR und dem kostendeckenden Wasserpreis zugrunde liegt (siehe auch woxx 1047). Die Vorstellung, für ein gemeinschaftlich zu schützendes und herzustellendes Gut lasse sich, wie für eine Ware, ein exakter Einheitspreis festsetzen, scheitert an der Realität. 80 Prozent der entstehenden Kosten für das Wasser werden durch Infrastrukturausgaben, etwa zur Instandhaltung des Leitungsnetzes, verursacht. Würde man diese Aufwendungen „real“ verrechnen, fiel der Literpreis im Vergleich zum Abonnement drastisch fallen - sicher keine Anregung zum Sparen. Und die „20 Liter gratis“ führen immerhin dazu, dass die marginalen Kosten für jeden zusätzlichen Liter höher sind als im Fixpreis-Modell - dass also die Sparsamen stärker belohnt werden.

Doch eigentlich gilt es, den Grundsatz der Kostendeckung prinzipiell in Frage zu stellen: Die Aufbereitung von Trinkwasser ist Teil der Daseinsvorsorge, wie auch der öffentliche Verkehr oder das Schulsystem, für die nur Ultraliberale „reale“ Preise fordern. Tatsächlich aber wird in der Diskussion um den Wasserpreis häufig nur den kommerziellen Nutzern eine Preismäßigung in Aussicht gestellt. So soll der Literpreis für Industrie und Landwirtschaft weit unter jenem für Privathaushalte liegen - aus Wettbewerbsgründen! Auch die Idee, anstelle der Daseinsvorsorge öffentliche Hilfen gezielt an bestimmte Gruppen auszuzahlen, entspricht eher einer liberalen Variante von Sozialpolitik als der linken Tradition, der sich Déi Gréng zurechnen. Das Festhalten an einem kostendeckenden Wasserpreis - der keine große Lenkungswirkung entfaltet - ist umso weniger verständlich, als die Partei zum Beispiel eine kostenlose Kinderbetreuung für alle fordert. Mit solchen sozialpolitischen Widersprüchen stehen die Grünen allerdings nicht allein da, wie die seit Jahren andauernde wirre Diskussion über den selektiven Sozialstaat zeigt.

SHORT NEWS

Bem-vindo ao Luxemburgo

L'Asti vient de réaliser une brochure d'information en langue portugaise qui rassemble les réponses aux questions les plus fréquentes des immigrants au Luxembourg. « L'immigrant a un droit à l'information », a dit la présidente Laura Zuccoli lors d'une conférence de presse lundi, voilà pourquoi l'association a voulu offrir les informations les plus importantes « de façon simple et ciblée ». Ainsi, la brochure informe entre autres sur des sujets comme les différentes autorisations de séjour, le droit du travail, la sécurité sociale et le système scolaire. Elaborée en coopération avec l'association Cap-Vert Espoir et Développement (CVED) et l'Associação Grupo Amizade Caboverdeana (AGACV) et financée à cinquante pour cent par le Fonds Européen d'Intégration des ressortissants de pays tiers, la brochure s'adresse en principe aux Brésiliens et aux ressortissants de pays de l'Afrique lusophone (Cap-Vert, Angola, Guinée-Bissau, Mozambique). Du côté de l'Asti, on est cependant conscient du fait qu'elle va avant tout être consultée par des Portugais, surtout que l'expression « Afrique lusophone » est assez illusoire dans la mesure où seulement une élite minime des pays dits lusophones maîtrise vraiment le portugais.

La déconstruction selon Arcelormittal

Et ça continue ! Après avoir fermé « temporairement » les sites de Schifflange et de Rodange, définitivement celui de Liège et que les choses n'avancent pas vraiment ni en Lorraine, ni en Espagne, entraînant la précarisation de milliers d'ouvriers et de leurs familles, Arcelormittal s'apprête à s'en prendre à ses cadres. Comme la presse belge l'a révélé cette semaine, la direction du géant de l'acier - en collaboration avec le cabinet d'avocats McKinsey - veut détruire 25 pour cent des emplois dans les domaines des ressources humaines, de la vente, de la logistique et de l'informatique - selon un plan d'action baptisé « Lean ». Rappelons que l'informatique a déjà été victime d'un outsourcing l'année dernière au Luxembourg. Mais ce n'est pas le pire : un deuxième plan « Omega » prévoit apparemment la suppression d'un tiers des postes administratifs. Certes, Arcelormittal est au pied du mur à cause de ses dettes de 26,4 milliards de dollars. Pourtant, faire porter le chapeau à ses employés tout en arrosant de boni l'actionnariat n'est pas le chemin à suivre. Reste à savoir ce que l'ancien ministre de l'économie Jeannot Krecké, qui siège au conseil d'administration du groupe, savait sur ces plans et pourquoi il n'est pas intervenu.

Der Zug ist noch nicht abgefahren

„Aufwerten statt abreißen!“, heißt es in dem Kommuniqué, der vor einem Jahr gegründeten Bürgerinitiative „Ettelbréck 21“. Und: „Abriss des historischen Ettelbrücker Bahnhofs löst kein Verkehrsproblem“. Vehement wehrt sich die asbl, die mittlerweile rund 180 Mitglieder zählt, gegen den Abriss des 150 Jahre alten Bahnhofs sowie des daneben liegenden Luftschutzbunkers aus dem 2. Weltkrieg. Sie sollen dem Bau eines Tunnels weichen, welcher - so die politisch Verantwortlichen - eine Neugestaltung des Bahnhofviertels erlauben und das lokale Verkehrsproblem lösen soll. Diese Begründungen seien falsch, so „Ettelbréck 21“. Eigene Studien hätten ergeben, dass der geplante Tunnel im Gegenteil durch die Schaffung eines Nadelöhrs an seinem Südausgang den Verkehr noch verschlimmern werde. Zudem würde sein Bau enorme Kosten sowie technische Probleme verursachen, letzteres wegen der Nähe zu Wohnhäuserzeilen und zu einem Überschwemmungsgebiet. Hinzu komme eine für die Geschäftsleute „tödliche“ Baudauer von mindestens zehn Jahren. Die Bürgerinitiative habe Lösungen ausgearbeitet und den öffentlichen Instanzen vorgestellt. Bis heute sei jedoch von offizieller Seite kein Entgegenkommen signalisiert worden. Dramatisch sei zudem, dass sich die Kulturministerin Octavie Modert seit über einem Jahr nicht zu einer denkmalschützerischen Klassierung des Bahnhofes habe durchringen können. Die asbl kündigt an, gegebenenfalls auch juristische Mittel auszuschöpfen, um den Ettelbrücker Bahnhof zu retten.